

Landesjugendhilfeausschuss Mecklenburg-Vorpommern

Protokoll

der 2. Sitzung des 6. LJHA am 03.05.2012

Ort: Bischof-Theissing-Haus
Koppelbergstr. 15
17166 Teterow

Beginn: 09.30 Uhr

Ende: 14:30 Uhr

Leitung : Herr Heibrock, Vorsitzender

Protokoll: Frau Fenske, LAGuS M-V, Abt. Jugend und Familie /
Landesjugendamt

Anwesenheit:

Die Anwesenheitsliste der 2. Sitzung wird als Anlage dem Protokoll beigelegt.

Tagesordnung:

1. Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
2. Bestätigung der Tagesordnung der 2. Sitzung
3. Protokoll- und Beschlusskontrolle der 31./1. Sitzung
4. Entwicklung inklusiver Bildungsprozesse in M-V
5. Umsetzung des Bundeskinderschutzgesetzes (BKisSchG)
6. Strategien zur Sicherung des Fachkräftebedarfs in Kindertageseinrichtungen
7. Organisatorische Zuständigkeiten des Kommunalen Sozialverbandes M-V (KSV)
8. Benennung / Bildung der Unterausschüsse des 6. LJHA und erste Arbeitsaufträge
9. Beschlussvorlage Nr. 01/02/12
Thema: Strategien zur Sicherung des Fachkräftebedarfs in Kindertageseinrichtungen
10. Berichte
 - 10.1 Bericht des Ministeriums für Arbeit, Gleichstellung und Soziales M-V (SM M-V)
 - 10.2 Bericht des Vorsitzenden des LJHA
 - 10.3 Bericht der Verwaltung der Abteilung 2 des LAGuS M-V (Landesjugendamt)
 - 10.4 Berichte der Mitglieder des LJHA
11. Sonstiges

TOP 1 Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Die Sitzung wird durch Herrn Heibroek eröffnet. Er begrüßt die Anwesenden und gibt einen kurzen Ausblick auf die anstehenden Themen.

Die Beschlussfähigkeit des 6. LJHA ist mit 15 stimmberechtigten Mitgliedern / Stellvertreter/innen gegeben.

TOP 2 Bestätigung der Tagesordnung

Herr Heibroek stellt die Tagesordnung vor. Es gibt keine Änderungsanträge. Die Tagesordnung wird einstimmig angenommen.

TOP 3 Protokoll- und Beschlusskontrolle der 30. Sitzung

Das Protokoll der 31./1. Sitzung wird einstimmig bestätigt.

Die Beschlusskontrolle der 31./1. Sitzung wird einstimmig bestätigt.

TOP 4 Entwicklung inklusiver Bildungsprozesse in M-V

Herr Steffen Petzak von der Abteilung 2 des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur M-V trägt anhand einer Powerpointpräsentation (siehe Anlage 2) zum Thema vor.

In der anschließenden Diskussion werden folgende Fragen erörtert:

Herr Prof. Dr. v. Wensierski: *Gemäß der offiziellen Bildungsstatistik hat sich die Zahl der Jugendlichen ohne Hauptschulabschluss seit 1990 kaum verändert. Welche Effekte hatte das Projekt in den vergangenen 20 Jahren?*

Antwort Herr Petzak:

- habe auf Probleme im Projektverlauf hingewiesen
- angesprochene Statistik ist Zusammenfassung aller Schulformen, Projekt hat nur die Förderschulen angesprochen, stellt also nur einen Baustein der Statistik dar
- Statistik berücksichtigt nicht, dass viele Jugendliche den Schulabschluss im Berufsvorbereitungsjahr nachholen

Herr Prof. Dr. Prüß: *Der Blick sollte nicht gerichtet werden auf die Diagnostik der Defekte bei den Kindern, sondern auf die Mängel in der Förderung dieser Kinder!*

Antwort Herr Petzak:

- teile diese Meinung, Einstellung zu den Kindern muss sich ändern in der Gesellschaft, insbesondere bei den Lehrern und Betreuern

Herr Prof. Dr. Prüß: *Wie hoch ist die Zahl der betroffenen Kinder im Verhältnis zur Gesamtschülerzahl in M-V?*

Antwort Herr Petzak:

- 10,5 % der Gesamtschülerzahl in M-V
- ist der höchste Wert in Deutschland, Sachsen-Anhalt und Thüringen folgen in der Statistik mit kurzem Abstand

Herr Dr. Haase: *Warum sind in der Expertenkommission nur Vertreter aus dem Schulbereich? Ist eine Erweiterung auf Vertreter aus der Jugendhilfe und der Kinder- und Jugendpsychiatrie geplant?*

Antwort Herr Petzak:

- habe keine Kenntnis über eventuelle Veränderungen in der Zusammensetzung der Expertenkommission
- gehe davon aus, dass Vertreter des Landkreistages M-V und des Städte- und Gemeindetages M-V die Jugendhilfe mit abdecken
- Herr Dr. Burgert von der Schule für Kranke vertritt die Belange der psychisch Erkrankten
- nehme die Anregung gern mit
- Hinweis auf Begleitgruppe der Expertenkommission

Herr Mucha:

- werde ebenfalls den Vorschlag weitergeben, die Expertenkommission um Vertreter der Jugendhilfe und der Kinder- und Jugendpsychiatrie zu erweitern

Frau Dr. Brockmann: *Das Thema Inklusion umfasst mehr als Kinder mit Behinderungen. Inwieweit finden Kinder mit Migrationshintergrund bzw. Hochbegabte Berücksichtigung?*

Antwort Herr Petzak:

- sind auch Schwerpunkte der Arbeit der Expertenkommission
- werde den Hinweis noch einmal weiterleiten

Herr Johannsen: *Im Vortrag wurde die Entwicklung von der Förderschule zur Auflösung der Förderschule und hin zur Inklusion skizziert. Welche Ursachen hatte diese Entwicklung?*

Antwort Herr Petzak:

- m. E. in erster Linie Elternwunsch nach wohnortnaher Beschulung der Kinder
- UN-Konvention hat sicher besondere Dynamik in den Prozess gebracht
- Arbeit der Förderschulen wird kritisch hinterfragt (Bildungsabschluss auf Arbeitsmarkt kaum anerkannt)
- Hoffnung, die Jugendlichen hin zu einem anerkannten Schulabschluss zu führen

Herr Prof. Dr. Wensierski:

- Schwäche des Programms ist der sonderpädagogische Schwerpunkt
- sehe eher Ursachen in Politik und Lehrerbildung
- Prozess des Umdenkens steht am Anfang – sozialpädagogischer und therapeutischer Bereich sollten von Anfang an besser eingebunden werden
- auch hinsichtlich Lehrerbildung an den Universitäten ist interdisziplinäres Denken erforderlich

Frau Löhr: *Inklusion ist m. E. „Pädagogik der Vielfalt“. Der Kita-Bereich ist in diesem Prozess weiter als die Schulen. Wenn Schule nicht umdenkt, wird das Projekt scheitern. Individuelle Schulformen im Ausland laufen besser als das deutsche System (siehe PISA-Studie). Das DESK-Verfahren sehe ich kritisch.*

Antwort Herr Petzak:

- stimmt zu, dass ein gesamtgesellschaftliches Umdenken erforderlich ist
- nicht nur Schulpädagogik betrachten, sondern das Kind von Geburt an
- denke, dass dies im Konzept berücksichtigt ist
- Kritik am DESK-Verfahren wird an Frau Prof. Dr. Koch weitergeleitet

Herr Prof. Dr. Prüß: *Das Thema Inklusion ist in der Lehrerausbildung stark konzentriert auf den Grundschulbereich, für Gymnasiallehrer ist es nicht vorgesehen. Insgesamt ist die Inklusion geplant für die Klassen 1 – 4. Was passiert danach? Die Kinder dürfen keinen Schaden nehmen.*

Antwort Herr Petzak:

- siehe Themenfeld 9 „Gestaltung von Übergängen“
- ist Bestandteil des Konzeptes

TOP 5 Umsetzung des Bundeskinderschutzgesetzes (BKISchG)

Herr Heibrock weist darauf hin, dass das zum 01.01.2012 in Kraft getretene BKISchG Regelungen beinhaltet, deren Umsetzung Vereinbarungen zwischen dem örtlichen öffentlichen Träger der Jugendhilfe und den freien Trägern der Jugendhilfe bedürfen. Dafür ist die Orientierung an Empfehlungen vorgesehen. Diese Empfehlungen müssen in M-V zum Teil noch erarbeitet werden. Andere Institutionen (z. B. AGJ...) arbeiten bereits an der Auslegung des BKISchG bzw. der Definition von Begriffen. Sobald diese Unterlagen vorliegen, können sie für die Erarbeitung von Empfehlungen für M-V genutzt werden. Der LJHA hat in der Vergangenheit bereits Empfehlungen hinsichtlich der §§ 8a und 72a SGB VIII beschlossen. Diese sollten vor dem Hintergrund des BKISchG weiterentwickelt und fortgeschrieben werden.

Bei den anwesenden Mitgliedern besteht Einigkeit darüber, diese Aufgabe dem Unterausschuss Jugend- und familienpolitische Grundsatzfragen/Jugendhilfeplanung zu übertragen.

Auf Nachfrage von Frau Löhr führt Herr Karla aus, dass noch nicht fest steht, ob es ein Landeskinderchutzgesetz M-V geben wird. Diese Entscheidung wird aber voraussichtlich noch im 1. Halbjahr 2012 getroffen.

TOP 6 Strategien zur Sicherung des Fachkräftebedarfes in Kindertageseinrichtungen

In der 28. Sitzung des 5. LJHA wurde die Adhoc-AG zum o. g. Thema gebildet. Mit Hilfe einer Powerpointpräsentation (siehe Anlage 3) stellt Frau Lehm das Ergebnis der Arbeit vor. Sie weist darauf hin, dass vorerst nur der Kita-Bereich betrachtet wurde. Wegen des großen Umfangs der Arbeit musste der Focus eingegrenzt werden.

Weitere Bereiche müssten zu einem späteren Zeitpunkt betrachtet bzw. in das Papier eingearbeitet werden.

In der Diskussion zum Thema wurden folgende Fragen/Themenschwerpunkte angesprochen:

Herr Prof. Dr. Prüß: *Gibt es Untersuchungen zur Qualität der Qualifikation der Tagesmütter in M-V?*

Frau Lehm:

- nicht bekannt

Herr Prof. Dr. Prüß: *Welche Rolle spielen die Nichtschülerprüfungen?*

Frau Löhr:

- sehr viele Anträge auf Nichtschülerprüfungen, aber viele Prüflinge durchgefallen
- BfA bereitet viele Personen vor, aber Ausbildung an den privaten gewinnorientierten Schulen ist schlecht, mit anschließender Prüfung an den staatlichen Schulen sind Prüflinge oft überfordert

Herr Heibrock:

- Eingangsvoraussetzungen für Erzieherausbildung werden durch BfA nicht beachtet

Herr Behrns:

- bin zuständig für Nichtschülerprüfungen
- zz. ca. 300 Nichtschülerprüfungen pro Jahr, für 2012 kein Absinken zu erwarten (danach voraussichtlich geringere Zahlen wegen geänderter Zugangsvoraussetzungen für FH-Ausbildung)
- mittlere Reife ist Mindeststandard, wird durch BfA oft nicht beachtet
- Prüfungen entsprechen den normalen Prüfungen an staatlichen Schulen
- Lehrgänge sind stark ausgelastet, fehlt an Fachpersonal für die Ausbildung
- im Papier Heilerzieherausbildung berücksichtigen!

Herr Dembski: *Für die Argumentation in Politik und Fraktionen wäre es gut, ein Fazit des Papiers auf einer Seite zusammenzufassen. Die Forderung eines Personalschlüssels von 1 : 10 ist m. E. unrealistisch, weil unbezahlbar.*

Herr Karla: *Die Realisierung der Forderungen würde ca. 90 Mio. € kosten. Hinsichtlich der Fachkräftegewinnung und –ausbildung sollte sich das Papier auch an die freien Träger/Arbeitgeber richten.*

Herr Heibrock:

- freie Träger sollten in Beschlussvorlage mit aufgenommen werden
- Fazit-Übersicht sollte erstellt

Herr Johannsen: *Bedeutet mehr Personal tatsächlich mehr Qualität? M. E. werden zz. die aktuellen Personalschlüssel-Vorgaben teilweise nicht erfüllt.*

Frau Löhr:

- wäre gut, wenn das aktuelle KiföG M-V zu 100 % umgesetzt würde

- trotzdem hat M-V die schlechtesten Rahmenbedingungen bundesweit
- alte Bundesländer haben weniger Kita-Plätze, aber sehr gute Qualität, weil sie keine Abstriche bei den Standards machen
- Kita-Träger können nicht selbst ausbilden, deshalb Appell an andere Institutionen
- Kita-Betreuung bedeutet Beziehungsarbeit, d. h. Erzieherpersonal ist wichtiger als die materiellen Rahmenbedingungen

Frau Dellin:

- denke auch, dass aktuelles KiföG M-V nicht überall umgesetzt wird, KiföG M-V bietet aber auch Spielraum für personelle Unterbesetzung
- realistische Forderungen aufstellen (Spagat zwischen Notwendigkeiten und Bezahlbarkeit)

Frau Lehm:

- Ziele sind langfristig gedacht (Stufenplan vorgeschlagen)

TOP 7 Organisatorische Zuständigkeiten des Kommunalen Sozialverbandes M-V (KSV)

Da Herr Rabe erkrankt ist, führt Herr Heibrock durch diesen Tagesordnungspunkt. Er berichtet, dass es im April ein Gespräch zwischen Frau Dr. Brockmann, Herrn Rabe und ihm gab, in dem die Geschäftsführung des LJHA ab 01.07.2012 erörtert wurde. Die Ergebnisse dieses Gespräches erläutert Herr Heibrock anhand einer von Herrn Rabe vorbereiteten Powerpointpräsentation (siehe Anlage 4).

Die Aufgabe der Geschäftsführung wechselt zum 01.07.2012 vom LAGuS / LJA zum KSV. Die personelle Absicherung erfolgt dort ab 01.08.2012. Die betreffende Mitarbeiterin ist bis dahin in Elternzeit.

Die Geschäftsführung der Unterausschüsse Jugend- und familienpolitische Grundsatzen/Jugendhilfeplanung sowie Hilfen zur Erziehung wird durch den KSV erfolgen. Welche Institution die Geschäftsführung der Unterausschüsse Kita sowie Bildung übernehmen wird, ist noch nicht geklärt.

TOP 8 Benennung / Bildung der Unterausschüsse des 6. LJHA und erste Arbeitsaufträge

Die mit der Einladung verschickten Übersichten werden durch weitere Vorschläge ergänzt (siehe Anlage 5).

Die Mitgliederzahlen der Unterausschüsse werden vorerst nicht reduziert. Es wird davon ausgegangen, dass nicht alle Mitglieder bei jeder Sitzung anwesend sein werden. Die konstituierenden Sitzungen der Unterausschüsse sollen noch vor dem 30.06.2012 stattfinden. Der Versand der entsprechenden Einladungen wird durch Frau Fenske erfolgen. Eine weitere Geschäftsführung der Unterausschüsse bis zum 30.06.2012 wird durch das LAGuS aus personellen Gründen nicht erfolgen.

Themen für die Unterausschüsse:

UA 1 Kindertagesbetreuung / Tagespflege

- Inklusion in der Kinder- und Jugendhilfe (teilw. Zusammenarbeit mit UA 2)
- Umsetzung Elternbeitragsentlastung
- KiföG-Novellierung
- Umstellung Betriebserlaubnisverfahren

UA 2 Kinder- und Jugendhilfe / Bildung

- Lokale Bildungslandschaften, Zusammenarbeit Jugendarbeit und Schule
- Ganztagschulen (Nr. 199 i. V. m. Nr. 267 Koa)
- Schulsozialarbeit ab 2014
- Inklusion in der Kinder- und Jugendhilfe (teilw. Zusammenarbeit mit UA 1)

UA 3 Jugend- und familienpolitische Grundsatzfragen / Jugendhilfeplanung

- aktuelle Entwicklungen zum BKiSchG (in diesem Zusammenhang auch Thema Familienhebammen)
- Erarbeitung von Empfehlungen zur Umsetzung des BKiSchG
- Landeskinderschutzgesetz und Landesprogramm Kinderschutz (Nr. 273 Koa)

UA 4 Hilfen zur Erziehung

- Kostenentwicklung HzE
- Einhaltung Arbeitszeitgesetz in stationären HzE-Einrichtungen
- Freiheitsentziehende Maßnahmen – geschlossene Unterbringung

TOP 9 **Beschlussvorlage 01/02/12**
Strategien zur Sicherung des Fachkräftebedarfs in Kindertages-
einrichtungen

Nach eingehender Erörterung einigen sich die anwesenden Mitglieder auf folgendes Verfahren:

- Beschlussvorlage wird vertagt auf die Sitzung am 21.06.2012
- Aufnahme der Kita-Träger in die Beschlussvorlage
- Erarbeitung eines Fazits des Papiers
- Formulierung von Forderungen
- bis 18.05.2012 können Zuarbeiten an Herrn Heibroek gerichtet werden (Änderungswünsche konkret formulieren!)
- nach dem 18.05.2012 ein Treffen der Adhoc-AG
- Ergebnis wird den Mitgliedern mit der Einladung für die nächste Sitzung zugeschickt

TOP 10 **Berichte**

10.1 **Bericht des Ministeriums für Arbeit, Gleichstellung und Soziales**

Herr Karla berichtet zu folgenden Themen:

Richtlinie Elternbeitragsentlastung (Krippe)

- wurde erarbeitet und ist zurzeit im Umlauf zur Abstimmung mit den Ressorts und Verbänden
- Ziellinie: 01.08.2012, vorher ggf. Gespräche mit einzelnen Institutionen möglich falls gewünscht

Richtlinie zur Förderung von Familienerholungsmaßnahmen

- Zuwendungsvoraussetzungen wurden vereinfacht, damit mehr Geld ausgereicht werden kann
- bitte Information weitergeben, dass noch Anträge gestellt werden können

Herr Siperko weist darauf hin, dass die Hürden für die Antragstellung immer noch zu hoch sind. Die geringe Förderung rechtfertigt in der Regel den Aufwand nicht.

10.2 Bericht des Vorsitzenden des LJHA

Herr Heibroek berichtet, dass der Landtag M-V durch den LJHA auf die Streichung des Kinder- und Jugendberichtes aus dem KJHG-Org M-V aufmerksam gemacht wurde. Das Gremium wurde aufgefordert, diesen Sachverhalt zu überdenken.

Weiterhin wurde dort das Thema Absenkung der Mittel des KJfG M-V angesprochen (Bindung an die Zahl der 10 bis 26jährigen im Land). Die Regierungsfractionen haben dieses Thema aufgegriffen. Ziel ist, die Höhe der Mittel nicht weiter absinken zu lassen.

Frau Dellin weist darauf hin, dass für die Berechnung der Mittel auch eine andere Grundlage gewählt werden könnte.

10.2 Bericht der Verwaltung der Abt. 2 des LAGuS M-V (Landesjugendamt)

Frau Kaiser berichtet zu folgenden Schwerpunkten:

Vorbereitung der Übergabe der Aufgabe der Kita-Betriebserlaubniserteilung an die Kreise/kreisfreien Städte zum 01.07.2012:

- 26.04.2012 Informationsveranstaltung im LAGuS / LJA für die Jugendämter
- ab 19. KW Einzelgespräche mit Jugendämtern (nach Wunsch)
- Kompetenzzentrum (Frau Ziems, Frau Reichert) wird voraussichtlich gebildet
- Übergabe der Akten und weiterer Materialien an die Jugendämter soll zum 01.07.2012 erfolgen

Vorbereitung der Übergabe weiterer Aufgaben an den KSV M-V:

- Gespräche / Vorbereitungen laufen in Zusammenarbeit mit SM M-V und KSV

112. Tagung der BAGLJÄ vom 02.05. – 04.05.2012

- Thema bundeseinheitliche Handlungsempfehlungen zum BKiSchG steht auf der Tagesordnung, Broschüre in Planung

- weitere Themen Heimerziehung und Ombudschaft

10.4 Berichte der Mitglieder des 6. LJHA

Herr Dembski berichtet zum Thema Kita-Essengeldzuschuss:

- bürokratisches Problem: ca. 30 % der Kinder haben keine Bescheide und dürften demzufolge kein Essen erhalten
- soziales Problem: durch Ausschluss vom Essen würden diese Kinder stigmatisiert (darf nicht erfolgen)
- finanzielles Problem: Wer trägt das Risiko? Essenanbieter tun es nicht und Träger können es auf Dauer auch nicht.

Frau Löhr unterstreicht die Aussagen von Herrn Dembski:

- teilweise 3 Kostenträger für 1 Essen und das ohne Bescheid
- Problemlösungsvorschläge gibt es, aber Land geht nicht darauf ein
- Träger geht in Vorkasse und Land erkennt das Problem nicht

Herr Bollenbach schlägt vor, die Landeregierung durch Elternbriefe auf den Sachverhalt aufmerksam zu machen.

TOP 11 Sonstiges

Themen für die Sitzung am 21.06.2012 in Neubrandenburg:

- Vorstellung des Inklusions-Projektes „Beratung macht Schule“
- Beschlussvorlage zur Fachkräfteentwicklung
- Änderung der Geschäftsordnung des LJHA (Anpassung an KSV / Unterbreitung eines Änderungsvorschlages durch Herrn Heibroek)

Für das Protokoll

Für die Richtigkeit

Simone Fenske
LAGuS M-V, Abt. 2 LJA

Friedhelm Heibroek
Vorsitzender des 6. LJHA

Anlagen

1. Teilnehmerliste
2. Powerpointpräsentation zu TOP 4
3. Powerpointpräsentation zu TOP 6 und 9
4. Powerpointpräsentation zu TOP 7
5. Übersichten der Unterausschussmitglieder (zu TOP 8)